

Antrag der Fraktion der CDU

Konzept zur Abschaffung der Umweltzone vorlegen

Seit der Einführung der dritten Stufe der Umweltzone am 1. Juli 2011 hat die Zahl der Verstöße gegen die Umweltzone drastisch zugenommen. In der Zeit vom 18. Juli bis zum 18. August 2011 wurden 1 914 Verstöße bei der Bußgeldstelle in Bremen registriert. Davon wurden 1 459 Verstöße von Personen begangen, deren Fahrzeug nicht in Bremen zugelassen war. Das bedeutet, dass in diesem Monat täglich fast 50 Gäste bei ihrem Besuch in Bremen eine Strafe von mehr als 60 € entrichten mussten. Hinzu kommt ein Punkt in Flensburg beim Kraftfahrt-Bundesamt.

Vor dem Hintergrund dieser Zahlen ist die Umweltzone für das Image der Stadt von großem Nachteil. Gleichzeitig ist nach wie vor der Nutzen der Umweltzone nicht nachgewiesen. Vielmehr zeigt der Jahresbericht 2010 über Immissionsmessungen im Land Bremen, der der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie am 25. August 2011 vorgelegt wurde, dass bereits im Jahr 2010 die geforderten Grenzwerte der 39. BImSchV für Feinstaub an allen Messstellen eingehalten werden konnten. Die Verschärfung der Umweltzone vom Juli 2011 war daher überflüssig.

Da der Schaden für die Wirtschaft in keinem Verhältnis zu dem Nutzen steht, muss die Umweltzone abgeschafft werden. Einfacher als durch die Umweltzone kann die Stadt von Lärm, Staub und Abgasen entlastet werden, indem fließender Verkehr ermöglicht wird. Fehlentscheidungen der Vergangenheit, die den Verkehr behindern, müssen korrigiert werden: Zum Beispiel muss das Parken stadteinwärts im Concordia-Tunnel untersagt werden. Der sich dort täglich bildende Stau ist zum einen ärgerlich für die Pendler, zum anderen erhöht sich dadurch der Ausstoß von Feinstaub und Stickstoffoxiden enorm. Die Behinderung von Verkehr, wie in der Schwachhauser Heerstraße, darf nicht der Rechtfertigung der Umweltzone dienen.

Die Stadtbürgerschaft möge beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie bis zum 13. Oktober 2011 ein Konzept vorzulegen, das folgende Punkte beinhalten sollte:

1. die Entfristung der Ausnahmegenehmigung für Reisebusse im Gelegenheits- und Linienfernverkehr,
2. die Wiedereinführung der Ausnahmegenehmigung für das Anfahren der Innenstadtparkhäuser (Ostertor/Kulturmeile, Pressehaus und Stephani),
3. ein vereinfachtes Verfahren für Pkw von Gästen von Beherbergungsbetrieben,
4. die Abschaffung der Umweltzone.

Heiko Strohmann,
Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU